

Anna Lehmann

Meritokratie und Chancengleichheit

Ein gerechtes Bildungssystem ist der Schlüssel zu einer modernen Gesellschaft

Nach wie vor ist der Bildungserfolg in Deutschland stark an die soziale Herkunft gekoppelt. Der internationale Vergleich zeigt, dass es durchaus möglich ist, soziale Unterschiede in der Schule zu kompensieren. Was müsste also getan werden, um auch hierzulande das gewollte meritokratische Prinzip mit dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Chancengleichheit zu verbinden?

Anna Lehmann

(* 1975) studierte Journalistik und Politikwissenschaft in Leipzig und Wrocław (Polen). Seit 2006 bei der taz und seit 2008 Redakteurin für Bildung und Hochschule im Inlands-Ressort der taz.

ale@taz.de



Kürzlich ist der neue »Kürschner« erschienen. Das Handbuch gibt einen Überblick, wie sich der Bundestag aktuell zusammensetzt und dokumentiert wieder einmal, dass unsere Volksvertretung strenggenommen keine ist. So haben 80 % der 622 Abgeordneten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Nur 12 Abgeordnete haben ihre Schullaufbahn mit einem Hauptschulabschluss beendet. Die Zusammensetzung des Bundestages spiegelt die gesellschaftlichen Proportionen nicht annähernd wieder.

Betrachtet man die Bevölkerung nämlich durch die Brille des Statistischen Bundesamtes, haben nur 13 % der Bevölkerung eine akademische Bildung genossen. Dass wir durch eine gebildete Elite politisch vertreten werden, ist an sich noch nicht verwerflich. Wo immer Menschen Verantwortung übernehmen, egal ob sie Gesetze ausarbeiten oder Kinder unterrichten, wird erwartet und vorausgesetzt, dass sie ihrer Rolle entsprechend qualifiziert sind. Dieses meritokratische Prinzip der Auswahl nach Leistung ist gesellschaftlicher Konsens.

Problematisch ist es allerdings, wenn man sich anschaut, wie sich die »Besten« rekrutieren. Die 16 deutschen Bildungssysteme begünstigen mittlere und obere soziale Schichten und benachteiligen jene, die an sich schon benachteiligt sind; sei es weil zu Hause kein Deutsch gesprochen wird, sei es weil Bücher nicht zu den Gebrauchsgegenständen gehören. Wann immer sich die Schulwege der Kinder nach der Grundschule trennen, wird die Herkunft zu einem entscheidenden Kriterium für den weiteren Bildungsweg.

Der jüngsten Pisa-Studie aus dem Jahre 2006 zufolge haben Jugendliche aus oberen sozialen Schichten, das heißt Mütter oder Väter sind Beamte und Angestellte, eine fast dreimal bessere Chance, das Gymnasium zu besuchen als Arbeiterkinder mit gleichen Leistungen und Fähigkeiten. Im Ergebnis schaffen 83 von 100 Akademikerkindern den Hochschulzugang, während nur 23 von 100 Kindern aus Arbeiterfamilien ein Studium aufnehmen, wie die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus dem gleichen Jahr zeigt.

Die Elite reproduziert sich selbst

Leistungsprinzip und Chancengleichheit gehören in unserer Gesellschaft nicht zusammen, sondern widersprechen sich. Angesichts der ungerecht verteilten Chancen

zu den Besten zu gehören, ist es angemessener von einer Oligarchie zu sprechen, also einer Minderheit von Menschen, die herrscht und ihre ständischen Interessen vertritt.

Populistisch? Mag sein, aber oligarchische Tendenzen in unserer Gesellschaft lassen sich ganz aktuell beobachten. Keine Partei wagt es ernsthaft, das Gymnasium als Bildungseinrichtung für eine Leistungselite und die entsprechende »leistungsrechte« Auslese infrage zu stellen. Zu groß ist die Angst, Wähler zu vergraulen.

In Hamburg haben vornehmlich Gutbetuchte und -gebildete eine Bürgerinitiative gegründet, die den schwarz-grünen Senat zu einer Gesetzesänderung zwingen will, damit die geplante sechsjährige Primarschule nicht Realität wird. Dabei geht es ihnen in erster Linie darum, leistungsstarke Kinder möglichst früh von vermeintlich schwächeren zu trennen, damit sie sich ungestört am Gymnasium entfalten können. Mit fast 185.000 Unterschriften konnten sie 14 % der Wahlberechtigten hinter sich versammeln und rufen zum Volksentscheid auf.

Die führenden Vertreter der Elterninitiative weisen es weit von sich, zum Vorteil der eigenen Klasse zu handeln und darauf hin, dass natürlich auch begabte Kinder aus Familien mit Hartz IV- und/oder Migrationshintergrund von einer frühen Trennung profitieren. Sie nehmen jedoch billigend in Kauf, dass die ungleiche Chancenzuteilung beim Zugang zum Gymnasium bestehen bleibt.

Noch ärger wird es, wenn gern gelesene Kolumnisten wie Harald Martenstein dieses System verteidigen, und die Schuld am Bildungsmisserfolg jenen zuschieben, die darin scheitern. »Wenn das deutsche Bildungssystem heute nicht einmal mehr in der Lage ist, jedem Lesen und Schreiben beizubringen, dann hängt das nicht in erster Linie mit diesem System zusammen, sondern damit, dass Bildung für 10 oder 15 % der Bevölkerung objektiv wertlos ge-

worden ist«, schrieb Martenstein Anfang des Jahres im *Tagesspiegel*.

Angesichts der Wirtschaftskrise und der drohenden Möglichkeit abzustiegen und selbst zu denen da unten zu gehören, ist es offenbar wieder legitim, auf Schwächere einzuschlagen.

Richtig ist, dass fast 80.000 Schüler die Schule jedes Jahr ohne Abschluss verlassen. Jeder fünfte Schüler zählt im Lesen zu den sogenannten Risikoschülern. Sie können Texte in der neunten Klasse gerade mal auf Grundschulniveau lesen und verstehen die Buchstaben, nicht aber die Botschaft. Und diese Risikogruppe setzt sich – wen wundert's – vor allem aus Schülern mit Migrationshintergrund und Kindern bildungsferner Familien zusammen.

Sind sie von Natur aus »bildungsresistent«? Nein, ihr Schicksal ist unmittelbar mit dem Leistungsprinzip in den Schulsystemen verbunden.

Internationaler Vergleich

Das Elternhaus beeinflusst unlegbar die Bildungsambitionen der Kinder. Die Pisa-Studien zeigen jedoch, dass es Ländern wie Finnland, den Niederlanden oder Polen besser gelingt, soziale Unterschiede in der Schule zu kompensieren.

Forscher des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung in Berlin (WZB) haben 2008 verschiedene Bildungssysteme international miteinander verglichen und festgestellt: Je mehr Verzweigungen ein Bildungssystem aufweist, desto größer ist der elterliche Einfluss auf die Bildungskarriere der Kinder. Weiterhin steigt der Einfluss, je früher sich die Wege trennen, wobei es sich für Kinder aus unteren Schichten nachteilig auswirkt, wenn sie wenig Zeit haben ihre Leistungspotenziale zu entfalten.

Wem das WZB zu links ist, der kann solche Befunde auch bei dem Bildungsforscher Rainer Lehmann nachlesen, der sonst von Gymnasialenthusiasten gern als Argu-

mentationshelfer herangezogen wird. Er untersuchte Mitte der 90er Jahre die Bildungsempfehlungen von 13.000 Hamburger Grundschulern und stellte fest, dass Kinder, deren Väter keinen Abschluss hatten, um 50 % bessere Leistungen bringen müssen um fürs Gymnasium empfohlen zu werden als ihre Klassenkameraden aus bildungsstarken Familien.

Um das gewollte meritokratische Prinzip mit dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz Chancengleichheit zu verbinden, ist es also notwendig, Bildungserfolg und soziale Herkunft zu entkoppeln.

Das bedeutet, dass erstens alle Kinder das Recht haben, möglichst früh gefördert zu werden. Für die Politik heißt es, dass die Länge eines Kindergartenjahres und der Anspruch auf einen Platz nicht von der Berufstätigkeit der Eltern abhängen dürfen. Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, sollten keine Nachteile haben.

Kinder lernen am besten von Kindern und damit möglichst lange gemeinsam. Die deutsche Grundschule ist im inter-

nationalen Vergleich erfolgreich: Sie fördert starke Schüler und sorgt dafür, dass schwache Schüler nicht rettungslos den Anschluss verlieren. Das Erfolgsmodell Grundschule muss – mit individuellem Unterricht und entsprechend geschultem Personal – ausgedehnt werden. Es gibt politische Forderungen nach neun oder zehn Jahren gemeinsamer Schulzeit. Wichtig ist nicht die Anzahl der Jahre, sondern dass Kinder oder besser Jugendliche mündig genug sind, selbst zu entscheiden, welchen Weg sie gehen und welchen Abschluss sie anstreben wollen.

Alle weiterführenden Schulformen sollten auch das Abitur anbieten. Die Gymnasien sollen ruhig bestehen bleiben und beweisen dürfen, dass sie Schüler weiter bringen als andere Schulen. Aber zu den gleichen Bedingungen. Schüler nach einem halben oder ganzen Schuljahr der Schule zu verweisen, weil die Leistungen nicht stimmen, ist ein Privileg zum Nachteil der Kinder und anderer Schulen. Die Gymnasien müssen die Verantwortung für

ihre Schüler übernehmen und sie entsprechend fördern.

Die Hochschulen müssen für sogenannte bildungsferne Schichten geöffnet werden. Wer studieren will, sollte dies tun können, ohne sich zu verschulden oder nebenbei arbeiten zu müssen. Das bedeutet, das BAföG viel stärker auszubauen als es derzeit geplant ist und dafür zu sorgen, dass mehr Studierende davon profitieren. Die Hochschulen müssen sich überlegen, wie sie Leute anwerben, die nicht über den klassischen Weg, das Abitur, zu ihnen kommen.

Das sind keine realitätsfernen Forderungen, sondern sie entsprechen einer modernen Gesellschaft. Wenn es gelingt, das meritokratische Prinzip mit Chancengleichheit zu verbinden, profitieren alle. Das nimmt zumindest die OECD an, die beileibe keine karitativen Absichten hegt, sondern wirtschaftliche Interessen vertritt. Je höher der Bildungsstand einer Nation, desto größer das Wirtschaftswachstum, so lautet eine ihrer Grundannahmen. Eine ständische Gesellschaft kann auf Dauer nur verlieren.

Hans-Günter Rolff

Systematische Schulentwicklung in Dortmund

Die seit 2000 bestehende Dortmunder Bildungskommission war und ist ein Pilotprojekt. Die wichtigste Intention bei Ihrer Gründung bestand darin, die zentrale Rolle der Bildung für die Stadtentwicklung zivilgesellschaftlich zu fördern und sichtbar zu machen. Nun wurde die Arbeit von einem unabhängigen Gremium überprüft.

Die Dortmunder Bildungskommission besteht seit fast 10 Jahren und hat in dieser Zeit die Dortmunder Schulentwicklung analysiert, reflektiert und durch ihre Empfehlungen und Veranstaltungen wesentlich mit gestaltet. Dortmund war die erste Stadt, die eine solche Kommission eingesetzt hat – und ist bis heute fast die einzige Stadt geblieben. Nachdem der Initiator der Bildungskommission, Gerhard Langemeyer, im Oktober 2009 seine Tätigkeit als Oberbürgermeister beendete, stellt sich die Frage, ob und wie es mit der Bildungskommission weitergeht.

Es gab also einige Anlässe, die Arbeit der Bildungskommission und damit auch die Dortmunder Schulentwicklung insgesamt von unabhängigen Experten überprüfen zu lassen und von Ihnen Antworten zu erbitten zu den Fragen: Was war erfolgreich und was nicht? Was hat sich bewährt und soll erhalten bleiben? Was hat sich



Hans-Günter Rolff

(* 1939) Prof. em. am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund.

rolff@ifs.tu-dortmund.de

nicht bewährt? Was kann verbessert werden? Wie ist das Dortmunder Pilotvorhaben in die deutsche und in die internationale Szene einzuordnen?

Die Dortmunder Bildungskommission wurde im Jahre 2000 einberufen. Sie umfasste knapp 20 für Dortmund repräsentative Persönlichkeiten. Das erste Arbeitsprogramm beinhaltete sechs Entwicklungsschwerpunkte unter der Prämisse »Verzahnung von Schule- und Stadtentwicklung«: Neue Medien und Technologien; Internationalisierung; Schule als Stadtteilzentrum;